

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptkontos:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Messstadt und Dresden-Altkönig

Abzugspreis einschließlich Bringerlohn in der 42. Woche vom 18. bis 19. Oktober 1923 100.000.000 M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 32.000.000 M., Einzelnummer 800.000.000 M.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 201.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schlüsselzahl. Grundpreise: die 20 mm breite Rubrikzeile 80 M., die 90 mm breite Rubrikzeile 230 M., für auswärtige Anzeigen 100 und 350 M. Schlüsselzahl: 600.000. Familienanzeigen Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Vorkostenberechnung 10 M.

Nr. 243

Dresden, Mittwoch den 17. Oktober 1923

34. Jahrg.

Gespräch mit Herrn Müller

Deutschland hat viel verloren: den Krieg, 20 Potentaten, wichtige Landesteile, die Mark und andre Güter. Nur eines ist uns geblieben und zwar in seiner deutschen Uniform: General, die im politischen Fortschrittslande umgeben wie Gefangen. Schon der deutsche Zusammenbruch von 1918 ist darauf zurückzuführen, daß die deutsche Kriegspolitik in die Hände von Generalen geriet, während in den heutigen Siegerländern nicht die Joch und Jostre, sondern Clemenceau, Lloyd George und andere Staatsmänner die politischen Angelegenheiten beherrschten. Das neue Deutschland ist auf dem besten Wege zu neuen Generalskollaboraten, weil man die politische Macht des Ausnahmezustandes in die Hände von Leuten spielte, deren Welt der Erzerzplatz ist.

Wir haben es in Sachsen mit dem Generalleutnant Müller zu tun. Es sei ihm zugute gehalten, daß er schließlich nur ein ausführendes Organ Gehlers ist. Wenn er jedoch das Verständnis für die Situation hätte, das an solcher Stelle wünschenswert ist, so müßte er die Reichswehrleitung vor Dummheiten zu bewahren suchen. Nach allem, was wir bisher von Herrn Müller hören und angesichts der Art, wie er versucht, in ein schwebendes Gerichtsverfahren einzugreifen, oder wie er seine vorgelegte Dienststelle erluchte, ihm jeden Verkehr mit der sächsischen Regierung zu ersparen, darf man sagen, daß Herr Müller für alles, was jetzt geschieht und weiter geschehen wird, mindestens so verantwortlich und schuldbehaftet ist wie sein Chef Gehler.

Was sich gegenwärtig in ganz Deutschland abspielt, ist die Komödie eines Belagerungszustandes, für den die Bevölkerungsmehrheit nur noch Sohn hat. Die militärischen Nachhaber des Ausnahmezustandes motivieren ihr Tun mit unflaren, zweideutigen, innerlich unwahrscheinlichen Argumenten. In Sachsen wird plötzlich „Grenzschutz gegen Bayern“ nach Chemnitz und Plauen verlegt. Das Volk aber fragt fasthaftig: Wäre es nicht der einfachste Grenzschutz, wenn man die bayerischen Banden entwässert? Und warum werden reich und auf unkontrollierbare Art zusammengestellte Truppenteile, denen der Aufrechterhaltung des Reiches geht, in sächsischen Städten untergebracht? Glaubt die Reichswehrleitung vielleicht, die Bevölkerung ist so dumm, daß sie nicht sehe, was hier gespielt wird? Die Sperlingspfeifen es von den Dächern, daß im Lager der Gewalt, die im Augenblick die Macht in Deutschland ausüben, zwei Seelen vorhanden sind: die eine nicht sehr entschiedene in der Reichsregierung, die den Ausnahmezustand zur Abwehr gegen reaktionäre Pläne erlassen hat; die andre in der Reichswehr, die diese Situation zum Aufmarsch gegen die republikanisch-sozialistische Bevölkerung ausnützen möchte.

General Müller hat die sächsische Polizei durch Verfügung dem Reichswehrkommando unterstellt. Begründung: Eventuelles Vorgehen gegen die proletarischen Selbstschutzorganisationen. Die Bevölkerung aber fragt: Wo denn der proletarische Selbstschutz bisher Widerstand gegen die Polizei versucht oder proklamiert? Was sind das für jadenähnliche Begründungen! Götze der Kommandeure des sächsischen Wehrkreises einen Freund von politischem Verständnis, der ihm als Berater zur Seite stünde, so müßte der ihm mahnen auf die Schulter klopfen:

Lieber Müller, müßte er sprechen, ihr müßt euch mit eurem Kampf gegen den proletarischen Selbstschutz lächerlich. Denn es ist ein Kampf gegen Windmühlenflügel, lieber Müller. Was heißt das denn: den proletarischen Selbstschutz auflösen? Er ist da. Du bist doch selbst als guter Deutscher mehrfaches Mitglied verschiedener Vereine und weißt einiges von der Vereinigungstechnik. Der Wille der Arbeiterklasse zum republikanischen Selbstschutz ist überall dort in organisierter Form vorhanden, wo Arbeiter in ihren verschiedenartigen Organisationen, an ihren Arbeitsstellen, in den Betrieben zusammenkommen. Du kannst den Selbstschutz verbieten; das mag sich auf dem Papier für geistig Minderbemittelte ganz schmeicheln machen. Aber auflösen oder verhindern kannst du ihn praktisch ebensowenig, wie du die Tausende industrieller Betriebe auflösen kannst. Außerdem würde es dir nützlich sein, die Regierung zu befragen, die in puncto Aufstellungen von Geheimorganisationen einige Erfahrungen haben. Die Aufstellungen sammelten sich bekanntlich in den harmlosesten Sportvereinen. Das wußten die Regierungen auch, jedoch sie hatten eine ganz andre Waffe als das Verbot: sie verfolgten nämlich nicht die rechtswissenschaftliche Geheimbündelerei an sich, sie verfolgten diejenigen ihrer Bestrebungen, die strafbar waren. Die Behörden brauchen diese Leute wegen der Zusammengehörigkeit im Grunde etwa nicht zu verfolgen, aber sie konnten sie bestrafen, wenn sie wollten, wegen gesetzwidriger Bestrebungen, die auf Durchsetzung bestimmter politischer Ziele mit gewalttätigen Mitteln abzielten!

Welche Bestrebungen der proletarischen Selbstschutzorganisationen aber willst du, lieber Müller, bestrafen? Die V. S. S. stehen auf dem Boden der Verfassung,

sind gebildet zum Zwecke der Verteidigung der Verfassung in Notwehrfällen. Ihr ausgeprägter Zweck: der verfassungsmäßigen Gesetzgebung in ganz Deutschland Geltung zu verschaffen und Bestrebungen entgegenzuwirken, die Deutschland mit Bürgerkrieg und andern gewalttätigen politischen Auseinandersetzungen bedrohen. Weil ich kein General bin, lieber Müller, bin ich zwar nur ein einfacher Mensch mit gesundem Menschenverstand, aber du wirst mir trotzdem zugeben müssen, daß Reichswehrbehörden, die doch mindestens so tun müssen, als ob sie republikanisch wären, daß solche Reichswehrstellen im Kampf gegen verfassungstreue Vereinigungen in ein nicht nur politisch, sondern auch moralisch peinliches Licht geraten. Und was ist die Blamage? Selbst wenn du die finsternen Absichten hättest, so fänst du den V. S. S. zwar verbieten, aber wenn du ihn auflösen willst, so müßt du die gesamte Arbeiterklasse auflösen. Es gibt eben Volkskräfte, die gegen die Verfügungen nichts zu machen ist.

Und dann noch eins, lieber Müller. Du hast gewiß schon von dem Wort des liberalen Staatsmannes Casimir gehört, wonach mit dem Belagerungszustand jeder Geiß regieren kann. Zeigt euch vor, daß das Volk das gefährliche Wort nicht umdreht und fragt, wie Casimir die Leute benannt hätte, die nicht einmal mit dem Belagerungszustand reagieren können!

„Der gehässig wirkende Dauerzustand...“

Nicht nur die sozialdemokratische Presse, sondern namhafte Blätter der Demokratie und des Zentrums fordern rühmend die Aufhebung des Belagerungszustandes. Wir zitierten gestern bereits die scharfe Kritik des Leipziger Tageblattes. Heute zwei weitere scharfe Stimmen aus bürgerlichem Lager.

Die Frankfurter Zeitung schreibt:
„Schon vor acht Tagen empfahlen wir der Reichsregierung, so zu prüfen, im Zusammenhang mit der Neuauflösung des militärischen Ausnahmezustandes wieder zu entscheiden. Die Verhängung gerade des militärischen Ausnahmezustandes über das ganze Reich wurde von den zuständigen Stellen damit begründet, es lasse sich nur auf diesem Wege den Gefahren begegnen, die die eigenmächtige Einführung des Ausnahmezustandes in Bayern und die Verletzung des Herrn v. Kahr mit einer Diktatur heraufbeschwören habe. Jetzt, nach drei Wochen Praxis, gibt es nur ein Urteil: daß es nicht gelungen ist, diese Absicht zu verwirklichen. Die Diktatur des Herrn v. Kahr nimmt keine Rücksicht auf den Ausnahmezustand, der von Reichs wegen gilt, sondern prägt sich immer deutlicher als

eine einseitige Ausnahmeverwaltung, nicht nur gegen die sozialistische, sondern auch gegen die demokratische Linke aus. Der General v. Lossow, der den strikten Befehl hatte, die Anordnungen des Reichswehrministers auch in München zur Geltung zu bringen, hat — das gibt man auch innerhalb der Reichsregierung zu — vollkommen versagt. Der „strikte Befehl“ ist unausgeführt geblieben und wird es wohl auch bleiben. Auf der andern Seite hat sich gezeigt, daß im übrigen Reich außer halb Bayerns die militärischen Beauftragten überall dort durchgreifen können, wo sie wollen, und selber muß festgestellt werden, daß auch hier eine deutliche Tendenz gegen links bemerkbar ist. Daß der General v. Müller in Dresden sehr einseitig den Ausnahmezustand nicht nur gegen die Kommunisten, sondern auch gegen die gemeinsamen kommunistisch-sozialistischen Bundesparteien durchzuführen weiß, ist bekannt. Es ist auch noch nichts darüber mitgeteilt worden, daß er nach Analogie des Herrn v. Lossow etwa Rücksicht auf die trotz aller Schwächen doch immerhin legale Regierung Zeigner genommen hätte. Wir verstehen es deshalb vollkommen, wenn fast alle Länder des Reiches sich für die Aufhebung der Ausnahmeverwaltung vom 26. September ausgesprochen haben. Nur Bayern fehlt. Es hat aber auch keinen Anlaß, gegen den militärischen Ausnahmezustand zu protestieren, da es sich ja um diesen nicht gekümmert hat. Sowie wir wissen, ist auch innerhalb des Reichsapparates schon die Forderung gegeben worden, den militärischen Ausnahmezustand sobald wie möglich aufzuheben. Das Reichskabinett schied sich jetzt auf Grund des Ermächtigungsgesetzes an seine diktatorischen Vollmachten in die Praxis einzusetzen. Es wäre ein schwerer psychologischer und politischer Fehler, in diese Situation hinein durch ein militärisches Aufhängen gegen links politische Verfassung oder gar Erbitterung zu bringen. Wo es im Einzelfall erforderlich ist, wird man immer rasch zugreifen und nötigenfalls auch das Ausnahmeverbot proklamieren können, aber man darf den Ausnahmezustand nicht zu einem gehässig wirkenden Dauerzustand werden lassen.“

Die demokratische Berliner Volkszeitung führt aus:
„Mit dem vom Reichspräsidenten als Antwort auf Bayerns Kahr-Diktatur über das Reich verhängten Ausnahmezustand ist tatsächlich eine militärische Diktatur errichtet. Das wird vielfach von denen übersehen, die an eine einfache Wiederholung der Maßnahmen glauben, die seit 1918 schon öfter in unruhigen Zeiten getroffen wurden. Dieser Ausnahmezustand ist etwas anderes, ist etwas, was schädlich in einer Republik unerträglich ist. Das Wesen der Republik liegt nach der Meinung der herangezogenen Staatsrechtler darin, daß in ihr, im Gegensatz zum Absolutismus, die Willkür unter allen Umständen der militärischen Gewalt übergeben ist, daß das Militär lediglich das Organ zur Durchführung der politischen Maßnahmen der zivilen Macht ist. Im alten Absolutismus war es anders, wenn der sogenannte „Belagerungszustand“ verhängt war. Damit wurde in Deutschland aber schon vor der Revolution aufgeräumt, und dieser staatsrechtliche Umstand war die erste Tat des Königs von Preußen bei Hebernahme der Kaiserkrone im Sommer 1871. Der vom Reichspräsidenten jetzt verhängte Ausnahmezustand führt unsere Verfassung auf den Zustand zurück, der sich selbst unter der Monarchie im Kriege als unhaltbar erwiesen hatte.

Leuerungsunruhen im Reiche

Berlin, 16. Oktober. Die Erwerbslosen demonstrieren vor dem Reichstag für die sofortige Wirtschaffskrisis von 10 Milliarden Mark, sofortige Lieferung von zwei Brot, zwei Hundst, fünf Reiner Kohle, Holz usw. Der Oberbürgermeister sagte eine Erhöhung der Erwerbslosen und der öffentlichen Einrichtungen für Kinder und Waisen sowie Schulleistungen zu. Ingherem soll das Ernährungsamt Gefrierfleisch und verbilligte Lebensmittel an die Bedürftigen abgeben. Der Platz vor dem Reichstag wurde mit dem Bajonett geräumt. Bei den verschiedenen Zusammenstößen gab es 20 Verletzte durch Schüsse und Stößen. Schwere Verletzte wurden jedoch nur zwei Personen. Insgesamt wurden 36 Teilnehmer an den Kundgebungen verhaftet. Die Folge der Demonstrationen war, daß nahezu sämtliche Geschäfte im Innern der Stadt schlossen. Abends war die Ruhe wieder hergestellt.

Mannheim, 15. Oktober. Nach einer Kundgebung mehrerer hundert Erwerbsloser, die die Polizei sprengte, wurden in der Mittelstraße die Filiale eines Warenhauses und mehrere Futurwerke mit Lebensmittel geplündert. Die Polizei schritt ein. Bisher sind 17 Demonstranten als verwundet gemeldet. Mehrere Polizeibeamte wurden verletzt. Verhaftet wurden bisher 30 Personen wegen Plünderens. Ein Oberwachmeister und ein Arbeiter sind den erlittenen Schußverletzungen erliegen.

Köln, 15. Oktober. In Köln-Kalk kam es heute zu Plünderungen. Als die Polizei eingriff, wurde sie von der Menge mit Steinen, Steinen usw. beworfen; auch soll ein Schuß gefallen sein. Hierauf machte die Polizei von der Waffe Gebrauch, wobei eine Person getötet und eine zweite verletzt wurde.

Essen, 16. Oktober. (Eig. Draht.) Die Anarchie der Lebensmittel und die ungeheure Teuerung haben dazu geführt, daß während der Nacht Scharen von Arbeitern und Frauen auf die Felder zogen und dort Kartoffeln ausgruben. Die Polizeibehörden sind nicht imstande, dem Vorzuge der hungernden Bevölkerung entgegenzutreten. Bislang, so auch in Weimar bei Pöckum, haben die Arbeiter mit einer großen Anzahl von Bauern eine Vereinbarung getroffen, wonach die arbeitlosen Arbeiter einen Feldbusch für die Bauern stellen, unter der Voraussetzung, daß die Landwirtschaft bereit ist, gegen entsprechende Vergütung den Teil der Kartoffeln den Kommunalbehörden zur Verfügung zu stellen, die von den Erzeugern nicht zur Selbsternährung benötigt werden. Die von den Arbeitern gebildeten „Selbsthilfen“ haben weiter beschlossen, die auf den liegenden Ackerflächen zu fördern und den Kommunen für die Unterbringung der Arbeitslosen, die infolge der ungleichen Kohlenpreise und der noch immer fortgesetzten Kohlenbeschlag-

nahme durch die Franzosen ohne Kohlenvorrat sind, zur Verfügung zu stellen.

Kassel, 15. Oktober. Hier ist es zu schweren Unruhen gekommen, die das Eingreifen der Polizeibehörden erforderlich machten. Die Erwerbslosen suchten in das Postamt einzudringen und zerlegten sämtliche Heften. Die Polizei ging mit Gummistöcken und Schweißgas vor.

Halle, 15. Oktober. Hier kam es zu größeren Anfeindungen Erwerbsloser. Es wurde zu Plünderungen aufgefordert. Gegen 10½ Uhr abends wurde auf das Gebäude der Polizeiwache eine Bombe geworfen, die erheblichen Sachschaden anrichtete. Menschenverluste sind nicht zu beklagen. Auch heute mittag haben sich größere Massen vor dem Rathaus versammelt.

Königsberg i. P., 15. Oktober. In Ortelburg entstanden Unruhen, wobei in einer Anzahl Läden, namentlich Lebensmittelgeschäften, zum Teil größerer Schaden angerichtet wurde. Die Polizei stellte die Ruhe ohne Waffengewalt wieder her.

Leipzig, 15. Oktober. Die Lebensmittelunruhen der letzten Tage wiederholten sich. Sie nahmen zum Teil einen bedrohlichen Charakter an. Die Empörung der erregten Menge richtete sich hauptsächlich gegen die Lebensmittelgeschäfte. In verschiedenen Straßen kam es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und der Menge, die bisher unblutig verliefen sind. In den Arbeiterbezirken im Osten der Stadt wurde eine Reihe von Plünderungen ausgeplündert. Die Reichswehr befindet sich in erhöhter Alarmbereitschaft. — Die A. B. schreibt: Besonders tätig waren Trupps sehr jugendlicher Personen, die in den Läden Unterhaltungen zu erlangen versuchten und Provokationen ausplünderten. Ein Teil von ihnen wurde festgenommen. Es waren Elemente darunter, die gewiss nicht vom Hunger getrieben wurden und die durch ihre wilden Aktionen das Interesse der Bedürftigen nur schädigten. Auch Provokateure können wieder über Hand im Spiele zu hören und die Massen zu antisozialen Pogromen verlocken zu wollen. Höchst zweifelhafte Elemente suchen durch Drohungen die Geschäfte zu veranlassen, Geld und Waren herauszugeben. Das ist ihnen in vielen Fällen auch gelungen. Sie haben sich daran beschieden, ohne daß den Massen der wirkliche Hungerleidenden auch nur im geringsten geholfen ist. — A. B. S. D. und A. B. D. erlassen gemeinsam einen Aufruf zur Vermeidung. Sie erklären: Mit planlosen Plünderungen ist dem bedürftigen Volk nicht zu helfen. Wir haben vielfache Beweise dafür, daß die Vorgänge am Cornabend und Montag nach bestimmten Plänen von ausgesprochenen Provokateuren der Reichsparteien hervorgerufen worden sind. Sie haben die Arbeit, die Erwerbslosen aufzunehmen, so zu hindern versucht, damit die Reichswehr in Aktion treten kann. Lacht euch nicht gegenseitig!